D1 Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)

Antragsteller*in: Barbara Domke
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3 Mehrheit für Zulassung)
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Seit 2015 befinden wir uns in der Herausforderung einer sehr hohen Fluchtbewegung in unser Bundesland. Vor allem aus den Ländern Syrien und Afghanistan sind sehr viele Menschen in den Städten und im ländlichen Raum angekommen. Krieg verursacht eine schwere Traumatisierung. Sie haben nicht nur in ihrem Land, sondern häufig auch auf den Fluchtwegen traumatische Erfahrungen gemacht.

2 Seit vor mehr als drei Wochen der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, kommen täglich hunderte Menschen in unser Land. Es handelt sich fast ausschließlich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Sie sind alle im Schockzustand und haben traumatische Erlebnisse gehabt.

3 **Damit sich diese traumatischen Erfahrungen nicht in behandlungsbedürftige Posttraumatische Belastungsstörungen manifestieren, bedarf es präventiven Maßnahmen. Dazu benötigen wir ein regelfinanziertes, psychologisches und psychosoziales Versorgungssystem.**

4 In dem vorhandenen Gesundheitssystem gibt es bereits eine regelfinanzierte Versorgung mit Psychotherapeut:innen und psychatrischen Behandlungsangeboten. Aber diese sind bereits dermaßen ausgelastet, dass es zu teilweise monatelangen Terminvereinbarungen kommt und Therapieplätze ebenfalls auf sehr lange Zeit ausgebucht sind.

5 Zusätzlich problematisch ist es, dass es in der jetzigen Regelversorgung keine Kostenübernahme für Sprachmittlung gibt. Es stellt Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen vor eine große Herausforderung, mit Patient:innen zu arbeiten, wenn eine forensisch belastbare Kommunikation nicht möglich ist. Sie dürfen dann sogar eine Behandlung ablehnen.

Begründung

Die Regierungskoalition des Landes Brandenburg hat sich in seinem Koalitionsvertrag auf folgendes verständigt:

"(...) Die gelingende Integration von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten hat für die Koalition hohe Priorität, und den Betroffenen schnell soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf ,Zeile 2610-2613)

"Die EU-Aufnahmerichtlinie verpflichtet das Land, besonders schutzbedürftige Geflüchtete zu erkennen und Schutz sowie Versorgung entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen zu gewährleisten. Deshalb werdend wir Arbeit des psychosozialen Zentrums in Fürstenwalde fördern." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, Zeile 2622-2625)

"Menschen, die schutzbedürftig sind, finden in Brandenburg Hilfe." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, Zeile 2912-2913)

Aufgrund der aktuellen Situation, wo besonders vulnerable Gruppen (Frauen und Kinder) in großer Zahl hilfesuchend in Brandenburg ankommen, sollten diese Vereinbarungen des Koaltionsvertrages schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu gehören auch die geforderten, regelfinanzierten psychologischen und psychosozialen Versorungsangebote. Es ist davon auszugehen, dass wir stetig aufgrund vorherrschender, weltweiter Krisenherde, und der daraus resultierenden Fluchtbewegungen, wir uns dieser Problematik der fehlenden psychologischen und psychosozialen Versorgung stellen müssen. Eine Verstetigung des Angebotes ist auch deshalb zu forcieren, um Fachkräfte langfristig zu binden und somit eine qualifizierte Unterstützung leisten zu können.

Unterstützer*innen

Kathleen Mattke (KV Cottbus), Daniel Scholz (KV Cottbus), Jakob Rudolph (KV Cottbus), Mojtaba Abbassi (KV Cottbus), Steffi Bernsee (KV Barnim), Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland), Florian Winkler (KV Uckermark), Daniel Meile (KV Potsdam), Eva Mecklenburg (KV Potsdam-Mittelmark), Stefan Schneider (KV Potsdam), Viviane Triems (KV Potsdam), Claudia Weise (KV Prignitz), Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder), Frauke Havekost (KV Potsdam), Tom Ritter (KV Teltow-Fläming), Hans-Joachim Weißflog (KV Cottbus), Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming), Martin Wenzel (KV Cottbus), Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel), Melanie Gierach (KV Oberspreewald-Lausitz), Ulrike Sweetwood (KV Potsdam), Arsen Dittberner (KV Oberhavel), Eberhard Müller (KV Havelland), Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin), Alexandra Schäfer (KV Frankfurt-Oder), Tibor Rumpf (KV Havelland), Gerrit Prange (KV Potsdam), Stephan Gümbel (KV Cottbus)